

12.12.2012

## **Brechen spart, und trotzdem: Steuern und Gebühren steigen**

Der Haushaltsplan, den Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) am Montagabend in der Gemeindevertretung eingebracht hat (wir berichteten) enthält auch ein Haushaltssicherungskonzept. Das ist vorgeschrieben, wenn es nicht möglich ist, einen Ausgleich im Ergebnishaushalt zu erhalten. Für das Jahr 2013 weist der Entwurf hier einen Fehlbetrag von rund 850 000 Euro aus.

Dies liegt nicht nur an der finanziellen Entwicklung der letzten Jahre, sondern auch an der Darstellung im Haushaltsplan. Mit der Umstellung auf den doppischen Haushalt werden im Aufwand die Abschreibungen und in den Erlösen die Auflösung der Sonderposten dargestellt. "Die Darstellung dieses Ressourcenverbrauchs belastet den Ergebnishaushalt 2013 mit 854 275 Euro und hat keine Auswirkungen auf den Finanzhaushalt", erläutert Bürgermeister Schlenz. Ohne die Darstellung des Ressourcenverbrauchs würde man im Haushaltsjahr 2013 einen ordentlichen Gewinn von 45 615 Euro erzielen.

Dennoch: Es gibt Anlass zum Sparen, und hier hat die Gemeinde die Bereiche, in denen Defizite gemacht werden, zusammengefasst. Dabei wird das höchste Defizit im Bereich der Kindertagesstätten ausgewiesen. Schlenz: "Die Handlungsspielräume zur Kostensenkung sind hier nur sehr gering. Die Personalkosten betragen 86 Prozent der Gesamtaufwendungen. Die Hessische Landesregierung hat durch eine Novellierung der Mindestverordnung den vorzuhaltenden Personalbestand deutlich erhöht." Dennoch lägen die landesrechtlichen Vorgaben immer noch unter den von kirchlichen Trägern berücksichtigten Sätzen. Die Gemeinde Brechen habe sich zu Recht entschieden, in die Bildung und Erziehung der Vorschulkinder mindestens ebenso viel zu investieren, wie dies in kirchlichen Einrichtungen geschieht. Der kommunale Haushalt stoße damit aber an seine Belastungsgrenzen. Zusätzliche Leistungen und Angebote müssten intensiv auf ihre Finanzierbarkeit geprüft werden.

---

### **Handlungsbedarf**

---

Um den Haushaltsausgleich zu erreichen, sei die Gemeinde weiter bestrebt, ihren Teil durch sparsamstes Wirtschaften beizutragen. "Dieses Bestreben ist auch mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2013 dokumentiert, in dem nur nötigste Erhaltungsaufwendungen berücksichtigt wurden", so Schlenz. Auch sei es durch eine restriktive Haushaltsführung in den vergangenen Jahren gelungen, die prognostizierten Fehlbeträge deutlich zu unterschreiten. Dennoch bestehe Handlungsbedarf. So zeige die Ermittlung der Kennzahlen, dass bei den freiwilligen Leistungen von Dorfgemeinschaftshaus, Sport- und Kulturzentrum, Emstalhalle und Sportplätzen dringender Bedarf einer Verlustminderung bestehe. Mit anderen Worten: Auch hier muss der Rotstift angesetzt werden.

In der November-Sitzung hatte die Gemeindevertretung bereits entschieden, Steuern und Gebühren zu erhöhen:

Grundsteuer A und B von jeweils 220 auf 240 Prozentpunkte;

Gewerbsteuer von 310 auf 320 Prozentpunkte;

Wassergebühr (brutto) von 16,0 Euro auf 1,93 Euro je Kubikmeter;

Schmutzwassergebühr von 2,25 auf 2,46 Euro je Kubikmeter;

Friedhofsgebühren um 25 Prozent.

Für das Haushaltsjahr 2014 und alle weiteren muss – so steht es im Haushaltssicherungskonzept – in folgenden Bereichen geprüft werden, ob Erhöhungen notwendig sind:

Grundsteuer A und B sowie bei der Gewerbesteuer, um das Niveau zu erreichen, welches von der Kommunalaufsicht gefordert wird;

Beiträge für die Kindertagesstätten;

Gebührenordnung von Dorfgemeinschaftshaus, Sport- und Kulturzentrum und Emstalhalle in Bezug auf Beitragshöhe und Freistellung;

Verwaltungskostengebühren;

Friedhofs- und Bestattungsgebühren (voraussichtliche Erhöhung um weitere 25 Prozent).

---

© 2012 Nassauische Neue Presse